

Bis zu 11 Prozent Atomstromanteil Nur ein Ausbau der erneuerbaren Energien kann den Atomstrom aus den österreichischen Stromnetzen verdrängen

St. Pölten, am 3.12.2020: Nach wie vor enthält der österreichische Strommix bis zu 11 Prozent Atomstrom. „Für ein Land, das sich gerne als Kämpfer gegen die Atomkraft positioniert, ist das wahrlich kein Ruhmesblatt“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Die einzige Möglichkeit derzeit den Atomstrom aus den österreichischen Netzen zu drängen, ist der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien. Derzeit gibt es für neue Windparks gar keine Perspektive.“ Die Branche wartet auf das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und hofft auf essentielle Verbesserungen und Beseitigung der Stolpersteine bis zur Beschlussfassung im neuen Jahr.

Während Österreich sich nach außen immer wieder als Kämpfer gegen die Atomenergie positioniert, enthält der österreichische Strommix noch immer bis zu 11 Prozent Atomstrom. „Auch in diesem Bereich kann der Ausbau der erneuerbaren Energien Abhilfe schaffen“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Stromkennzeichnung verschleiert reale Herkunft des Stromes

Obwohl im Stromkennzeichnungsbericht der E-Control wieder zu lesen ist, dass keine Nachweise aus „Nuklearenergie“ eingesetzt wurden, bedeutet dies leider nicht, dass Österreich atomstromfrei ist. „Die Nachweise sagen leider zumeist nichts darüber aus, woher der Strom stammt“, ärgert sich Moidl: „Denn die Stromherkunftsnachweise werden unabhängig vom verkauften Strom gehandelt.“ In Österreich ist es erlaubt reinen Atomstrom als Ökostrom zu verkaufen. Hierfür muss man sich nur einen Herkunftsnachweis für erneuerbare Energie besorgen und kann damit Atomstrom als erneuerbaren Strom verkaufen. „Wie groß dieser Anteil tatsächlich ist, kann man aber nur abschätzen“, erklärt Moidl: „Je nach Berechnungsmethode liegt der Atomstromanteil dann zwischen 1,1 und 11 Prozent. Diese Unklarheiten könnten mit einem Schlag gelöst werden, wenn die Herkunftsnachweise nicht getrennt vom Strom gehandelt werden dürften.“

Einzigste realistische Lösung: Ausbau der erneuerbaren Energien

„Nachdem für eine Verknüpfung der Herkunftsnachweise mit der tatsächlichen Stromproduktion eine EU Entscheidung benötigt und politisch immer wieder abgelehnt wird, gibt es nur die Möglichkeit mit dem Ausbau der Erneuerbaren den Atomstrom aus österreichischen Stromnetzen zu drängen“, stellt Moidl fest. Im bestehenden Ökostromgesetz gibt es für neue Windparks keine Perspektive mehr. Auf die große Reform des Gesetzes wartet die Branche schon seit sieben Jahren. Der Beschluss des EAG im Nationalrat ist 2020 nicht mehr möglich, doch soll noch vor Weihnachten die Regierungsvorlage des EAG im Ministerrat beschlossen werden. „Solange die zusätzliche Zeit genutzt wird, die Stolpersteine aus dem Entwurf des EAGs zu beseitigen, ist ein weiterer Verzug eines funktionierenden Förderrahmens zu verschmerzen. Denn das EAG wird die Ausbaumöglichkeiten für die nächsten 10 Jahre bestimmen“, bemerkt Moidl und weist einmal mehr auf die Chancen von wirtschaftlichen Impulsen und neuen Arbeitsplätze durch einen ambitionierten Windkraftausbau hin.

[Zur Pressemappe mit
Hintergrundpapier](#)

